„Kosten der Energiewende steigen“

Energieverband BDEW fordert mehr Markt für Ökostrom

FAZ 30.5.16

ami. BERLIN, 29. Mai. Das Ziel eines steilen, aber wirtschaftlich vertretbaren Ausbaus erneuerbarer Energien gerät wegen der Eigeninteressen der Länder in Gefahr. Das befürchtet der neue Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Stefan Kapferer. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die verabredete, effizientere Steuerung des Ausbaus aus Länderinteressen wieder zunichtegemacht wird“, sagte er dieser Zeitung. Die Länder haben, auch aus Gründen der Wirtschaftsförderung und Steuereinnahmen, teils ambitioniertere Ausbauziele als der Bund.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten wollen am Dienstag einen neuen Anlauf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) unternehmen. Der Ökostromausbau soll auf jährliche Höchstmengen begrenzt werden, um die sich die Bieter bewerben. Den Zuschlag erhält, wer die geringste Förderung will. Manche Länder wollen höhere Ausbauziele, die Erneuerbaren-Lobby ist gegen Ausschreibungen.

Die Absicht der EEG-Novelle zeige, wie „unternehmerisches Denken in den Ausbau der Erneuerbaren eingeführt“ werden könnte, sagte Kapferer und warnte: „Diese Errungenschaft darf jetzt nicht durch eine Vielzahl an Klientelinteressen wieder zu Stückwerk werden.“ Nötig seien mehr Technologieoffenheit und weniger Vorgaben für einzelne Erzeugungsarten.

Viele Ausnahmen gingen ihm „eindeutig zu weit“. So sollen „Bürgerwindparks“ mit lokalen Investoren bevorzugt werden und Photovoltaikanlagen mit einer Leistung unter einem Megawatt von der Ausschreibung befreit sein. „Damit werden Effizienzpotentiale verschenkt, und das können wir uns nicht leisten“, sagte er.

Trotz Kostensenkungen durch Ausschreibungen würden die Kosten der Energiewende steigen. „Das Einzige, was sinkt, sind die zusätzlichen Kosten pro zugebautes Megawatt. Zu glauben, dass die EEG-Umlage in der Summe sinkt, solange nicht Altanlagen in großem Umfang aus der Förderung herausfallen, wäre naiv“, sagte der seit Mai amtierende BDEW-Chef in seinem ersten Interview. Zuletzt war er Vize-Generalsekretär des Industrieländerclubs OECD, davor Staatssekretär von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD).

Höhere Kosten seien absehbar, weil der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien auf einen schleppenden Netzausbau treffe. Der Präsident der Netzagentur, Jochen Homann, warnt, die Kosten für die Netzsteuerung und wegen fehlender Leitungen abgeschalteter Windräder könnten sich auf 4 Milliarden Euro vervierfachen. Kapferer sagt: „Es wäre keine gute Nachricht, wenn Herr Homann recht hätte.“ Der Ausbau müsse besser mit dem des Netzes synchronisiert werden.

Kein Verständnis hat er dafür, dass die Regierung in ihrer Energiepolitik glaubt, Vorgaben für die Jahre 2030 oder 2050 machen zu können. Niemand wisse, welche

Technologiesprünge zu erwarten seien. Die Energiewende müsse auch ein unternehmerisches Projekt sein, beharrte Kapferer. „Die Investitionsbedingungen und die Innovationszyklen in unserer Branche sind genauso ein Erfolgsfaktor der Energiewende wie internationale Abkommen und politische Ziele.“

Er sei „sehr, sehr skeptisch“, wenn heute davon geredet werde, dass der Energieverbrauch künftig weitgehend durch Ökostrom gedeckt werde. „Die Dimension ist gewaltig: Die aus erneuerbaren Energien erzeugte Strommenge müsste vervielfacht werden, wollte man auch den Wärmemarkt und den Verkehrssektor elektrifizieren.“ Tatsächlich beträgt der Anteil der Regenerativen heute ein Drittel des Stromverbrauchs. Der macht ein Viertel des Energieverbrauchs von 2400 Terawattstunden aus. Selbst wenn Häuser und Verkehr weniger Energie benötigten, müsste die Ökostromerzeugung schnell um ein Mehrfaches wachsen – bei allen Schwierigkeiten im Netz und ohne ausreichende Speicher. Deshalb hält Kapferer es nicht für ratsam, auf den Klimawandel nur mit dem Ruf nach einem schnelleren Ökostromausbau zu reagieren. Im Straßenverkehr will er Gasantrieb und Brennstoffzelle nicht vorzeitig im Wettlauf mit der E-Mobilität aufgeben. Vor allem schaut er auf den Wärmemarkt. Auch hier traue die Politik dem Markt wenig zu, wie der Entwurf für den „Klimaschutzplan 2050“ von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zeige.

Beim Austausch alter Heizungen und im Neubau entschieden sich heute drei von vier Bauherren für effiziente Gasbrenner. „Die Umweltministerin sollte nicht, wie im Klimaschutz-Papier ihres Ministeriums, heute darüber nachdenken, ab 2030 Gasheizungen zu verbieten, sondern dafür sorgen, dass Millionen veralteter Heizkessel gegen modernste Technologie ausgetauscht würden“, mahnte Kapferer.

Viele der vom BDEW vertretenen Stadtwerke und Konzerne wenden sich der erneuerbaren Erzeugung zu, sind aber stark im Gasgeschäft und der Kohleverstromung. Der Verband fühle sich an die Klimaziele von Paris und die Dekarbonisierung in diesem Jahrhundert gebunden, sagte Kapferer. Gaskraftwerke hält er für eine „Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren“. Gas emittiere weniger CO₂ als Kohle. Auch Kohlekraftwerke seien noch unverzichtbar. Ein Datum für den Ausstieg aus der (Braun-)Kohleverstromung will er nicht nennen.

Ob es zu dem von Gabriel für den Herbst angekündigten „runden Tisch“ zur Kohle komme? Kapferer ist skeptisch. Eine bloße Kohleausstiegsdebatte greife viel zu kurz. „Entscheidend ist, dass sich Politik und Wirtschaft über einen langfristigen Umstiegspfad in allen Sektoren einig werden.“ Es müssten „gigantische“ Investitionen umgeschichtet werden. „Immer neue politische Vorgaben hinsichtlich der Instrumente – all das ist angesichts dieser Herausforderung nicht hilfreich.“